

„Ein alternativloses Bündnis“

Zum Verhältnis zwischen Japan und den USA

Céline Pajon

Auf die Wahl Trumps zum neuen US-Präsidenten folgte in Japan zunächst Beunruhigung. Mittlerweile hat sich dies verändert: Tokio hat zur Trump-Administration mittlerweile ein enges Verhältnis. Die US-Sicherheitsgarantien kamen. Zu den USA, auch und besonders unter Trump, sieht die japanische Regierung unter Abe keine realistische Alternative. Zugleich war die Kündigung des Freihandelsabkommens durch die USA ein herber Schlag für Japans Regierung. Japan sucht deshalb auch weitere strategische Partner in der Region.

Trump's Wahl zum neuen US-Präsidenten löste in Japan eine ähnliche Verblüffung wie in weiten Teilen Europas aus. Seine Machtübernahme war der Sprung ins Unbekannte, die gegenüber Japan provokanten Aussagen im Wahlkampf ließen nichts Gutes erahnen. Selbst die Auflösung der Sicherheitsallianz, das Alpha und Omega der japanischen Verteidigungspolitik seit 1952, schien denkbar. Trump hatte Tokio zudem aufgerufen, mehr für den US-amerikanischen Schutz zu bezahlen und nuklear aufzurüsten, um sich selbst verteidigen zu können. Die anfängliche Ratlosigkeit Japans wurde rasch durch eifrige diplomatische Aktivitäten ersetzt. Ziel war es, Donald Trump und seiner Entourage Sinn und Zweck des bilateralen Bündnisses nahezubringen sowie den guten Willen der japanischen Regierung bei der Bewältigung anstehender Herausforderungen zu demonstrieren. Investitionsprojekte in den USA und einen Ausbau der japanisch-amerikanischen Sicherheitsallianz wurden ins Spiel gebracht. Vor dem Hintergrund der nordkoreanischen Kernwaffentests und chinesischer Ansprüche auf angrenzende Meeresgebiete würde sich die japanische Hilfe als nützlich erweisen, so die Argumentation. Bereits nach sehr kurzer Zeit erreichte es der japanische Premierminister Shinzo Abe, zweimal persönlich vom Präsidenten empfangen zu werden (18. November 2016 und 10. Februar 2017). Er nutzte die Begegnungen, um ein persönliches Vertrauensverhältnis zu Trump aufzubauen. Japan hat keine andere Wahl, als sich mit dem neuen Amtsinhaber gut zu verstehen, es ist eine überlebenswichtige Frage. Das Land bräuchte, so Abe, eine

glaubhafte Abschreckung gegenüber Nordkorea und China, in Tokio sehe man keine realistische Alternative zur Schutzmacht USA.

Alles auf Trump setzen

Im Gegensatz zur Stimmungslage in europäischen Regierungen sieht man Trump in Tokio mittlerweile in einem sehr positiven Licht. Die sehnlichst erwarteten Sicherheitsgarantien ließen nicht lange auf sich warten: Washington hat bestätigt, dass sich der gegenseitige Beistandsvertrag auch auf die Senkaku-Inseln erstreckt, die von China beansprucht werden und seit 2012 immer wieder für erhebliche Spannungen gesorgt haben. Ebenso wurde bekräftigt, dass sich Japan auch im Falle einer nordkoreanischen Bedrohung unter dem nuklearen Schutzschirm der USA befinden würde. Dass Japan zur ersten Etappe der Asienreise Trumps im vergangenen November auserkoren wurde, kann als weiteres Zeichen der Gunst gewertet werden. Schließlich wurde die im Januar 2018 veröffentlichte neue US-Verteidigungsstrategie anerkennend zur Kenntnis genommen. Als strategische Priorität wird darin die Rivalität zu den revisionistischen Mächten China und Russland definiert. Gerade im stetigen Machtzuwachs Chinas sieht Japan eine Gefährdung seiner Interessen.

Die pädagogischen Bemühungen von Premier Abe und die guten persönlichen Beziehungen zu Trump, die im Laufe von etlichen Telefonaten sowie Golfpartien in Mar-a-Lago und Tokio gepflegt werden, tragen offensichtlich Früchte. Anders als den europäischen Verbündeten gegenüber übt Washington keinen Druck aus, um die japanischen Verteidigungsausgaben zu erhöhen, obwohl sie nur ein Prozent des japanischen Bruttoinlandsprodukts betragen. Dazu muss allerdings auch gesagt werden, dass Japan unbeliebte Gesetze verabschiedet hat, die den eigenen Streitkräften die Verteidigung von US-Soldaten (unter eingeschränkten Bedingungen) ermöglichen. Darüber hinaus hat die Armee umfangreiche Rüstungsgüter aus den USA geordert, darunter 28 F-35A Kampfflugzeuge, 17 Senkrechstarterflugzeuge Ospreys MV-22 und 52 gepanzerte Fahrzeuge vom Typ AAV-7. Zusätzlich hat Tokio sich dazu verpflichtet, die Raketenabwehr in enger Abstimmung mit den USA auszubauen.

Die japanisch-amerikanischen Beziehungen setzen damit die positive Entwicklung fort, die Präsident Obama 2015 in Gang gesetzt hatte. Damals vereinbarten die Bündnispartner eine „integrierte dynamische Verteidigung“, die eine dauerhafte Mobilisierung der Streitkräfte und eine

verbesserte Interoperabilität der jeweiligen Armeen vorsieht. Damit sollten Reaktionsmöglichkeiten auf die Herausforderungen geschaffen werden, die Chinas maritime Expansion mit sich bringt: unklare Situationen, die noch nicht als Konflikt bezeichnet werden können (sogenannte Grauzonen) sowie der chinesische Aufbau von Zugangsverweigerungsmaßnahmen (*anti-access/area denial*). Erprobt wurde der Schulterchluss in der jüngsten Koreakrise, als zwischen Tokio und Washington kein Blatt Papier passte – die diplomatische Abstimmung funktionierte reibungslos.

Rückzug der USA vermeiden

Was die Wertvorstellungen und die Handelspolitik betrifft, decken sich US-amerikanische und japanische Interessen jedoch nicht. Trump, der pragmatische Geschäftsmann, schert sich wenig um liberale Handelsideen, einem besonderen Anliegen von Shinzo Abe. Unmittelbar nach Amtsantritt gab der US-Präsident den Austritt aus der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) bekannt. Dieses ambitionierte Freihandelsabkommen, das zwölf Staaten von beiden Küsten des Pazifiks einschließt, bildete den harten Kern der US-amerikanischen Bestrebungen, sich in der Region gegen China zu behaupten. Die strategische Tragweite dieses Abkommens, das den teilnehmenden Staaten hohe sozioökonomische Normen auferlegt hätte, entging dem Weißen Haus. Der Austritt der USA war ein harter Schlag für Japan, das den Vertrag bereits unterschrieben hatte. Shinzo Abe hat Verhandlungen für ein bilaterales Handelsabkommen mit den USA eingeleitet, er hofft aber nach wie vor Trump gegen Ende seiner Amtszeit zurück in die TPP zu bringen. Nachdem er sich das Placet Washingtons geholt hatte, führte er die TPP-Verhandlungen fort, um das Abkommen mit den anderen elf Staaten in Kraft treten zu lassen. Hier zeigt sich ein relativer Zugewinn an Autonomie in Japans Außenpolitik, die durch eine proaktive Diplomatie ihre Interessen auf der internationalen Bühne wahren will.

Gegenentwürfe zu Chinas Politik in der Region

In dieselbe Richtung geht die Konkretisierung der japanischen Strategie für einen „freien und offenen Indopazifik“¹, die im August 2016

¹ Mit „Indopazifik“ sind der Indische Ozean und der Westpazifik gemeint.



Ewiger Bündnispartner? US-Basis in Okinawa

angekündigt wurde und liberale Werte, die Sicherheit der Meereswege und eine höhere Vernetzung der Akteure fördern soll. Die japanische Diplomatie ist traditionell nicht auf große Entwürfe bedacht und wird oft wegen ihrer unklaren Haltung kritisiert. Shinzo Abe und seine Berater haben sich dieser Tradition entgegengestellt und eine strategische Vision für Japan entwickeln wollen. Diese Free and Open Indo-Pacific Strategy erscheint als die neueste Ausprägung des „Bogens der Freiheit und des Wohlstands“ („*arc of freedom and prosperity*“), den er während seiner ersten Amtszeit zwischen 2006 und 2007 entworfen hatte und der die Beziehungen zu denjenigen Ländern der eurasischen Küsten stärken sollte, die dieselben Werte und Interessen teilen. Die neue Strategie ist sozusagen die maritime Variante des „Bogens“, reicht dieses Mal bis nach Afrika und kann als Gegenentwurf zur chinesischen Neue-Seidenstraße-Initiative verstanden werden, die sowohl Meere als auch Kontinente umspannen soll.

Japan setzt sich also weiterhin für die Aufrechterhaltung einer US-amerikanischen Ordnung in Asien ein, arbeitet aber auch an einem Netzwerk von Partnern, die gemeinsame Interessen aufweisen. Diese Doppelstrategie versucht, sowohl die Präsenz der USA in Asien aufrechtzuerhalten als auch Vorkehrungen für den Fall eines Teilrückzugs der Vereinigten Staaten zu treffen. Tokio vertieft zum Beispiel strategische Partnerschaften mit Canberra und Neu-Delhi. Seit zehn Jahren werden trilaterale Dialoge zusammen mit den USA organisiert. Im November letzten Jahres hat Japan auch die Gesprächsrunde mit den USA, Indien

und Australien wieder aufleben lassen, um die Sicherheit der Meere vom Indischen bis zum Pazifischen Ozean zu gewährleisten und gemeinsame Unternehmungen zu koordinieren. Damit werden die USA stärker in diese Fragen einbezogen und Japan kann seine Verteidigungspolitik besser mit jener anderer Länder verzahnen. Japan wendet sich ebenfalls verstärkt Südostasien zu, unterstützt Vietnam, die Philippinen, Indonesien und Malaysia bei der Verstärkung ihrer Flotten. Schließlich sollen die Partnerschaften mit europäischen Staaten ausgebaut und vertieft werden, darunter die mit Großbritannien und Frankreich.

Fazit

Das Bündnis mit den USA bleibt der Dreh- und Angelpunkt der japanischen Strategie. Die Präsidentschaft Trumps hat daran nichts geändert, momentan zeigt er sich den japanischen Interessen gegenüber sogar wohlgesonnen. Nur ein vollständiger Rückzug der USA aus dem asiatischen Raum oder eine chinesisch-amerikanische Allianz könnten dieses Paradigma in Frage stellen. Anzeichen einer verminderten US-amerikanischen Präsenz führen dazu, dass Japan einen bemerkenswerten diplomatischen Aktivismus entwickelt. Tokio diversifiziert seine strategischen Partnerschaften, setzt sich an die Spitze von Initiativen, die den eigenen Interessen dienen – wie TPP oder den Free and Open Indo-Pacific. Tokio wird damit selbst zu einem Motor der amerikanisch-japanischen Beziehungen. Die Trump-Administration hat sich der Indopazifik-Strategie angeschlossen und kürzlich Interesse gezeigt, doch wieder dem TPP beizutreten. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob dieser Aktivismus nach dem Abgang des überaus umtriebigen Shinzo Abe (voraussichtlich Ende 2021) Bestand haben wird, und ob die Entscheidungen des unberechenbaren US-Präsidenten Trump weiterhin im Sinne der japanischen Interessen erfolgen. 🌐

Aus dem Französischen von Yann Wernert.



Céline Pajon

Politologin, Forscherin am Zentrum für asiatische Fragen des Französischen Instituts für Internationale Beziehungen (Ifri), verantwortlich für den Fachbereich Japan

pajon@ifri.org